

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag (in Kurzform)	Haushaltsrelevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.09 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
A)		DECKUNGSVORSCHLÄGE			<p>Generell ist bei allen Deckungsvorschlägen zu berücksichtigen, dass aufgrund der Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und der Finanz- und Wirtschaftskrise zuerst noch eine Haushaltslücke von 15 Mio. EUR geschlossen werden muss. Hierzu wurden eine Vielzahl von Vorschlägen erarbeitet und im Rahmen der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Bauausschusses vom 24.2.2010 zum ersten Mal vorgestellt (s. Anlage 1). Sofern dort bereits Maßnahmen zur Streichung vorgeschlagen werden, die nun noch einmal zur Deckung für beantragte Mehrausgaben vorgetragen werden, können diese selbstverständlich nicht zweimal berücksichtigt werden. Mit der Berücksichtigung im 15-Mio-Konzept ist dem Deckungsvorschlag Rechnung getragen. Andererseits hat der Ausgleich der bestehenden Haushaltslücke vor zusätzlichen Ausgaben Vorrang.</p>
A1	<p><u>Bündnis90/ Die Grünen</u> siehe auch lfd. Nr. 11 Antrag der FDP Fraktion</p>	<p>Deckelung der Kosten für die Unionbrücke – pauschale Reduzierung der Kosten um 15 % und Deckelung des Städtischen Anteils auf 6,14 Mio. EUR</p>	+ 1.830 TEUR	53 /113	<p>Im vorliegenden Deckungsvorschlag wurde bei der Berechnung der Kürzungen um 15 % lediglich die im Haushalt ausgewiesenen Baukosten betrachtet, da im gleichen Umfang jedoch auch die Zuschüsse bzw. Kostenbeteiligungen Dritter (ca. 72 %) sich reduzieren würden, müssten die Baukosten um 30 % gesenkt werden können, damit die im Antrag dargestellte Einsparung von knapp 2,1 Mio. EUR realisiert werden könnte. Es ergibt sich folgende Rechnung:</p> <p>In Stufe I und II ist ein städtischer Eigenanteil von 8.900 TEUR eingeplant bei Gesamtkosten der Brücke von 32 Mio. EUR (bereits finanziert = 1.132 TEUR / Stufe I = 6.400</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>TEUR / Stufe II = 1.368 TEUR). Um den Städtischen Anteil auf 6,14 Mio. EUR zu reduzieren (= -31 %) wäre grob überschlägig ebenfalls eine Reduzierung der Gesamtkosten in dieser Größenordnung erforderlich, also um rund 10 Mio. EUR. Eine Expertenrunde erarbeitet gerade Alternativen. Ob dabei eine Kostenreduzierung um 10 Mio. EUR wirklich realistisch ist, kann im Zeitraum bis zur Verabschiedung des DHH 2010/11 nicht geklärt werden. Deshalb erscheint eine rein pauschale Kürzung des Gesamtaufwands und damit des städtischen Anteils nicht vertretbar.</p> <p>Dem Deckungsvorschlag soll aus Sicht der Verwaltung nicht beigetreten werden, weil er noch auf zu unsicheren Füßen steht. Andererseits steht das Projekt einschließlich der gesamten Finanzierung weiterhin unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Gemeinderat. Eine Entscheidung über „mehr oder weniger“ wird mit diesem Haushalt nicht getroffen.</p> <p>Zur Deckung der 15 Mio. EUR Lücke hat die Verwaltung jedoch vorgeschlagen, 500 TEUR aus dem Jahr 2013 in die Stufe II zu verschieben. Dies ändert zunächst an den Gesamtkosten nichts, entlastet jedoch die Stufe I – eventuelle Einsparvorschläge aus der Expertenkommission können dann im Nachtragshaushalt 2011 hier integriert werden.</p>
A2		Verschiebung Ausbau der Grundschule Bohlsbach zur Ganztagschule nach Stufe II ab 2014, da nicht vor-	+ 520 TEUR	47 / 11	Die Verwaltung spricht sich dagegen aus, die Maßnahme aus der Stufe I des Maßnahmenprogramms heraus zu nehmen, was eine Verschiebung auf die Zeit ab 2014 bedeuten würde, da nur eine Verschiebung nach Stufe II zu einer Entlastung und damit zu einem tragfähigen De-

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
		dringlich			<p>ckungsvorschlag führen würde.</p> <p>Der Ortsteil Bohlsbach und die Schule Bohlsbach haben in einem sehr konstruktiven, inhaltlich orientierten Prozess auf ihre Hauptschule verzichtet und streben im Ausgleich dafür den Aufbau einer gebundenen Ganztagesgrundschule an. Zwischen beiden Vorgängen „Schließung der Hauptschule“ und „Gründung einer Ganztagesgrundschule“ gab es in allen Beratungen einen unmittelbaren Zusammenhang.</p> <p>Somit wurde die Ganztagesgrundschule Bohlsbach auch in der konkreten Beschlussfassung aller Gremien zu einem Bestandteil des gesamten Offenburger Schulkonzeptes anlässlich der Gründung der Werkrealschulen. Wenn wir nun dieses Schulprojekt auf die Zeit hinter 2014ff verschieben würden, würden wir gegenüber Schule und Ortsteil wortbrüchig. Gemeinderat und Verwaltung würden ihre Glaubwürdigkeit bei solchen Aushandlungsprozessen aufs Spiel setzen.</p> <p>Richtig ist, dass das Bauprojekt erst begonnen werden kann, wenn die Genehmigung der neuen Schulform durch das Land vorliegt. Hier gibt es, wie der Vorlage für den Schul- und Sportausschuss am 17.03.09 zu entnehmen ist, noch Diskussionsbedarf, weil das Land die Notwendigkeit der Einrichtung einer gebundenen Ganztagesesschule bezweifelt. Ortschaftsrat und die Schulgremien haben sich aber in Kenntnis der bestehenden Diskussion um offene und gebundene Ganztagesesschulen ausdrücklich für die gebundene Form entschieden. Dies macht auch Sinn, weil Bohlsbach für die sechs Teilorte im Offenburger Norden für</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>längere Zeit die Ganztagesgrundschule werden soll.</p> <p>Es ist im Moment noch nicht zweifelsfrei absehbar, ob die Diskussion mit dem Land Mitte dieses Jahres oder Anfang kommenden Jahres abgeschlossen sein wird. In jedem Fall werden die Mittel – sollte es zu einer Einigung kommen – in der Stufe I des Maßnahmenprogramms benötigt. Sollte es wider Erwarten keine Einigung geben, wird in einem späteren Haushalt zu entscheiden sein, wie die Mittel eingesetzt werden.</p> <p>Dem Deckungsvorschlag soll aus Sicht der Verwaltung nicht beigetreten werden.</p>
A3		<p>Streichung Programm „Umgestaltung Stadteingangsbereiche und Extensivierung Grünflächen“ im DHH 2010/11, da noch Haushaltsreste vorhanden sind und kein dringlicher Bedarf besteht.</p>	+ 46 TEUR	53 / 104	<p>Im Programm „Stadteingangsbereiche und Extensivierung“ sind für 2010/11 folgende Maßnahmen – in dieser Prioritätenfolge – vorgesehen (mit Kostenschätzung):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grüngestaltung Kreisverkehrsplatz Kreuzschlag 50.000 € 2. Extensivierungsmaßnahmen Englerstraße 60.000 € 3. Extensivierungsmaßnahme Platanenallee 40.000 € <p>Zusätzlich zu den drei genannten Maßnahmen ist vorgesehen, einen Suchlauf für weitere Extensivierungsflächen zu starten, wofür 5.000 € Kosten veranschlagt sind – das Ziel bleibt weiterhin, Pflegemehrkosten bei zusätzlichen Flächen durch die Extensivierungsmaßnahmen an bestehenden Flächen aufzufangen.</p> <p>Die Gesamtkosten, ohne die Umgestaltung weiterer im Suchlauf noch zu findenden Extensivierungsflächen, betra-</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>gen damit 155.000 € – die Haushaltsreste werden damit vollständig aufgezehrt.</p> <p>Bei der Grüngestaltung des Kreisverkehrsplatzes Kreuzschlag handelt es sich um eine Folgemaßnahme, da der Kreisverkehrsplatz bereits gebaut ist.</p> <p>Die Extensivierungsmaßnahme an der Englerstraße ist von höherer Priorität als die Maßnahme Platanenallee, da die dortigen Straßenbegleitgrünflächen bereits in z.T. erneuerungsbedürftigem Zustand und schwer pflegbar sind. Durch diese Maßnahme wird eine jährliche Pflegekosteneinsparung von 16.000 € erwartet. Hierdurch kann Pflegemehraufwand durch neu hinzukommende Flächen ausgeglichen werden.</p> <p>Durch die Extensivierungsmaßnahme Platanenallee wird eine jährliche Pflegekosteneinsparung von 6.000 € erwartet.</p> <p>Die eingesparten Mittel entsprechen einer „Rendite“ der Extensivierungsmaßnahmen von über 20 %. Selbst unter Berücksichtigung einer Verzinsung von 5 % amortisieren sich diese Maßnahmen innerhalb eines Zeitraums von weniger als 6 Jahren. Es wird daher empfohlen, die Maßnahmen wie geplant durchzuführen.</p> <p>Die darüber hinaus noch im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel in diesem Bereich (Stadteingangsbereich und Grünordnungsmaßnahmen) mit insgesamt 105 TEUR bis 2013 sollen für weitere Einzelmaßnahmen eingesetzt wer-</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>den, die ähnliche Einsparpotenziale bieten. Darüber hinaus könnte hieraus eine Teilfinanzierung der gewünschten Gestaltung des Messekreisels dargestellt werden. Unter diesem Gesichtspunkt wird zu gegebener Zeit dann auch noch einmal die Maßnahme „Platanenallee“ zu prüfen sein.</p> <p>Dem Deckungsvorschlag soll aus Sicht der Verwaltung nicht beigetreten werden.</p>
A4		<p>Kreisverkehr Ortenberger Straße / Moltkestraße – da bisher keine übermäßigen Staus, prüfen ob Umleitungsstrecke durch andere Maßnahmen (s. z.B. Signalanlage) aufgerüstet werden kann.</p>	+200 TEUR	53 /111	<p>Am Knoten Ortenberger Straße/Moltkestraße ereigneten sich in den letzten Jahren jeweils drei bis fünf Verkehrsunfälle mit Sachschaden und Leichtverletzten. Hiervon sind insbesondere die Linkseinbieger von der Moltkestraße in die Ortenberger Straße betroffen. In den abendlichen Spitzenstunden baut sich in der Moltkestraße regelmäßig ein Rückstau auf, der immer wieder auch bis zur Weingartenstraße reicht. Dadurch ergeben sich relativ viele riskante Linkseinbiegemanöver. Durch den Neubau der Umgehung Ortenberg muss nach Aussage der Straßenbauverwaltung mit einer weiteren Verkehrszunahme an dieser Kreuzung zwischen 10 und 15 % gerechnet werden. Deshalb wurde dieses Kreiselpjekt auch bereits 1998 in das Integrierte Verkehrskonzept aufgenommen. Durch die vorgeschlagene Lösung kann auch indirekt das Linkseinbiegen aus der Fesenbacher Straße in die Ortenberger Straße erleichtert werden. Vom Regierungspräsidium ist ein GVFG-Zuschuss in Höhe von 42 TEUR in Aussicht gestellt, was die Wichtigkeit dieser Maßnahme zusätzlich unterstreicht.</p> <p>Alternative, temporäre Lösungen, wie z.B. eine Signalisierung, würden sehr hohe (verlorene) laufende Kosten verur-</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>sachen und deutlich hinter der Leistungsfähigkeit einer Kreisverkehrslösung zurück bleiben.</p> <p>Die Verwaltung hält deshalb die Verschiebung der Maßnahme und Optimierung durch provisorische Maßnahmen nicht für einen vertretbaren Deckungsvorschlag.</p>
A5		IT Ausbau – Kürzung der Investitionsmittel um 85 TEUR im DHH 2010/11	+ 85 TEUR	52 / 82	<p>Im Doppelhaushalt 2008/2009 wurden für den 4 jährigen Planungszeitraum noch 750 TEUR zur Verfügung gestellt. Im DHH 2010/11 werden ebenfalls für 4 Jahre nur noch 600 TEUR beantragt, was einer Reduzierung um 20 % entspricht. Darüber hinaus will die Verwaltung zur Schließung der 15 Mio. EUR Lücke eine weitere Reduzierung um 50 TEUR vornehmen. Mit den dann verbleibenden 137 TEUR pro Jahr können nur die absolut zwingenden Maßnahmen durchgeführt werden, wie z.B. Austausch der 8 Jahre alten Datensicherungs-Hardware und der genauso alten Netzwerkkomponenten zur Verbindung der Verwaltungsstandorte. Des Weiteren ist der Austausch der veralteten Hardware für FileServer, ExchangeServer und Speichersysteme auf die aktuelle Technologie für 2011 zwingend. Auch sind alleine bis 2011 142 Arbeitsplatzrechner nach einer Nutzungsdauer von über 5 Jahren zwingend auszutauschen, da die Hardware nicht mehr den heutigen Anforderungen gewachsen ist.</p> <p>Mit insgesamt – 200 TEUR im Vergleich zur Finanzplanung des DHH 2008/09 wird hier bereits eine Reduzierung um 27 % vorgenommen – eine darüber hinausgehende weitere Kürzung ist jedoch nicht vertretbar. Der Deckungsvorschlag ist aus Sicht der Verwaltung nicht vertretbar.</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>Der ansonsten im Ergebnishaushalt entstehende EDV-Aufwand von rund 700 TEUR pro Jahr enthält zu fast 2/3 fixe Kosten für Leistungen des zentralen Rechenzentrums (KivBF) und Lizenzen für von dort eingesetzte Software. Der restliche Aufwand setzt sich aus weiteren Lizenzgebühren für sonstige Software und Unterhaltungsaufwand zusammen.</p>
A6		<p>Entfall der Eisbahn auf dem Weihnachtsmarkt</p> <p>s. auch Prüfantrag Nr. C5 der FDP Fraktion</p> <p>Prüfung auf Klimaverträglichkeit der Eisbahn und Vergabe an einen privaten Betreiber</p>	+ 40 TEUR		<p>Ein funktionierender und gut frequentierter Weihnachtsmarkt benötigt für seine Existenz entweder einen hohen Anteil an Laufkundschaft oder einen herausragenden Anziehungspunkt. Mit der vor rd. 5 Jahren vom Gemeinderat beschlossenen Verlegung des Weihnachtsmarktes auf den Marktplatz hat man mit der Eisbahn dieser Tatsache Rechnung getragen. Die Verwaltung ist nach wie vor der Auffassung, dass der Offenburger Weihnachtsmarkt auf dem Marktplatz und die vorweihnachtliche Stadt insgesamt ohne Eisbahn eine wichtige Attraktion verlieren würde.</p> <p>Die Ansiedlung weiterer Standbetreiber wäre zwar denkbar, würde aber zwangsläufig zu Angebotsüberschneidungen führen, was wiederum die Beteiligung für den einen oder anderen Standbetreiber uninteressant machen kann. Ein Weihnachtsmarkt in der Offenburger Größenordnung trägt keine fünf Stände mit demselben Sortiment. Unsere ständigen Bemühungen um attraktive Kunsthandwerkerstände scheitern regelmäßig an der Konkurrenz größerer Weihnachtsmärkte und an den Anforderungen z.T. auch finanzieller Art.</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>Nach eigenen Beobachtung und auch Aussagen der Messe profitiert die Eislaufhalle auf dem Messeplatz eher von dem Betrieb der Eisbahn auf dem Weihnachtsmarkt, als dass sie als Konkurrenz anzusehen ist. Auf dem Weihnachtsmarkt kommen viele Gäste, besonders Kinder zum ersten Mal und eher auch zufällig mit dem Eislaufen in Berührung und machen da in der Regel auch die ersten Gehversuche. Damit wird der Weg zu dieser Sportart geebnet.</p> <p>Die Eisbahn verbraucht selbstverständlich, je nach Witterung, erhebliche Mengen Energie. Allerdings ist zu beachten, dass es sich um einen auf wenige Wochen begrenzten Verbrauch mit einer hohen Nutzungsfrequenz handelt. Wäre dies eine Dauereinrichtung, wäre sie anders zu beurteilen.</p> <p>Die Eislaufbahn wird bereits seit einigen Jahren von einem privaten Betreiber organisiert (incl. Auf/Abbau und personelle Betreuung). Allerdings lässt sich eine solche Eisbahn in dieser Qualität nicht kostendeckend betreiben. Die Stadt wendet hierfür als Zuschuss an den Betreiber und für Ton, Licht und Energieverbrauch insgesamt 60 TEUR auf, von denen 30 TEUR durch Sponsorengelder gedeckt werden können. Im Frühjahr werden mit dem Betreiber Gespräche geführt, mit dem Ziel Einsparungen zu erzielen.</p> <p>Generell wird zum jetzigen Zeitpunkt und bei der gegenwärtig eingeschlagenen Strategie zur Krisenbewältigung davon ausgegangen, dass <u>keine der traditionellen Veranstaltungen</u> in Offenburg (z.B. Narrentag, Weinfest, etc.) aufgrund der aktuellen Haushaltskrise entfallen oder in nennenswer-</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>tem Umfang die Mittel gekürzt werden sollen. Dies ist sicher noch einmal neu zu bewerten, falls durch weitere erforderliche Einsparungen auch wichtige soziale Leistungen wie z.B. die Familienförderung/Sozialpass auf den Prüfstand gestellt werden müssten.</p> <p>Zum gegenwärtigen Zeitpunkt soll jedoch davon abgesehen werden, bewährte Veranstaltungen oder Teile davon, die zu einem hohen Maß auch durch Sponsorenmittel getragen werden, zu gefährden – es ist zu befürchten, dass eine Reaktivierung (insb. der Co-Finanzierungen) zu einem späteren Zeitpunkt sich schwierig gestalten dürfte.</p> <p>Dem Deckungsvorschlag sollte aus Sicht der Verwaltung nicht beigetreten werden.</p>
A7		<p>Entfall der Tiefenwasserableitung am Gifizsee</p> <p>(Anmerkung: Da die Bäder bei den TBO angesiedelt sind, ist diese Maßnahme im dortigen Wirtschaftsplan der TBO eingeplant. Eine Haushaltsentlastung ergäbe sich erst indirekt, in dem die Gewinnabführungen der TBO entsprechend höher sein könnten)</p>	+ 300 TEUR		<p>Der Gifizsee ist zwar hygienisch in einem guten, ökologisch jedoch in einem schlechten Zustand (zu großer Nährstoffeintrag). Er hatte in den Sommermonaten der Jahre 2006 und 2007 eine Blaualgenblüteplage zu überstehen, die in der Bevölkerung (Anwohner, Spaziergänger, Nutzer des Sees, vor allem Badende) für viel Unruhe und Angst gesorgt hat. Blaualgen in Massen können bei Menschen, Hunden und anderen größeren Säugetieren Gesundheitsschädigungen/Vergiftungserscheinungen beim Verschlucken hervorrufen.</p> <p>Vor diesem Hintergrund hatte der Technische Ausschuss beschlossen, eine Machbarkeitsstudie für eine Restaurierung des Gifizsees erstellen zu lassen. Ergebnis dieser</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>Machbarkeitsstudie war, dass die Methode der Tiefenwasserableitung aus fachtechnischer und wirtschaftlicher Sicht die beste Lösung ist, den Gifizsee zu restaurieren. Diese Maßnahme hat zudem den Vorteil, dass der Restaurierungserfolg nicht nur von kurzer Dauer sein wird, sondern dadurch eine nachhaltige Verbesserung der Nährstoffsituation erreicht wird.</p> <p>Durch die Maßnahme werden folgenden Wirkungen erwartet: Durch die Entfernung des Nährstoffes in der Tiefe während der warmen Sommerhalbjahre werden den Algen für die folgenden Sommerhalbjahre die Grundlagen für eine Neuvermehrung entzogen. Konkurrenzpflanzen/-Algen können stattdessen gedeihen. Im Tiefenwasser werden außerdem die Sauerstoffverhältnisse stark verbessert, so dass keine Rücklösung der im Sediment stark angereicherten Eisen-Drei-Phosphate stattfinden kann. Insgesamt wird sich allmählich die Ökologie des Sees verbessern.</p> <p>Ohne eine Restaurierung würde sich der ökologische Zustand des Sees weiter verschlechtern. In den Uferbereichen würde sich kloakenhaft totes Algenmaterial ansammeln. Die Annahme, dass keine Änderung der Gewässersituation zu erwarten sei, wenn auf die Tiefenwasserableitung verzichtet wird, wird daher nicht geteilt. Es sind Nutzungsverbote mit entsprechenden Auswirkungen auf das Gifizstrandbad zu möglich, der Freizeitwert des Sees würde sinken.</p> <p>Da die öffentliche Ausschreibung bereits erfolgt ist und die Submission am 18.02.2010 stattfindet, würde eine zeitliche</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>Verschiebung bzw. Aufgabe der Maßnahme möglicherweise vergaberechtliche Nachteile nach sich ziehen.</p> <p>Dem Deckungsvorschlag sollte aus Sicht der Verwaltung nicht beigetreten werden.</p>
A8	<u>FWV – Fraktion</u>	Streichung des Fahrradverleihsystems	+ 55 TEUR	54 / 121	Die „eingesparten“ 55 TEUR sind bereits zur Deckung der 15 Mio. EUR Lücke eingeplant, siehe auch Beschluss Verkehrsausschuss.
A9		Geringerer Ansatz für die Maßnahme Ritterhausmuseum	+ 85 TEUR	55 / 147	<p>Der bisherige Ansatz wurde durch die Streichung des Info-Punktes „Kultur“ bereits von 175 auf 90 TEUR reduziert. Die „eingesparten“ 85 TEUR sind bereits zur Deckung der 15 Mio. EUR Lücke eingeplant. Eine weitere Reduzierung des verbleibenden Ansatzes ist nicht empfehlenswert – mit den verbleibenden Mitteln soll die seit mehr als 20 Jahren nahezu unverändert bestehende Ausstellung zeitgemäß umgebaut werden. Ein Verzicht hierauf würde eine nachhaltige Schwächung des Ritterhausmuseums bedeuten, vgl. auch den einstimmigen Beschluss des Kulturausschusses vom 10.02.2010.</p> <p>Dem Deckungsvorschlag sollte aus Sicht der Verwaltung nicht beigetreten werden.</p>
A10	<u>FDP-Fraktion</u>	Kürzung des Kulturhaushalts um 10 % - die Verwaltung soll Vorschläge hierzu unterbreiten – andere Städte nehmen in diesem Feld		34	Der Zuschussbedarf im Budget des Fachbereichs Kultur beträgt jährlich rund 3,3 Mio. EUR. Davon sind alleine rund 945 TEUR durch Zuschüsse an die Musikschule, Volkshochschule und Kultur treibende Vereine gebunden. Eine Kürzung um 10 % ist nur machbar, wenn dementsprechend die Zuschüsse an diese Einrichtungen gekürzt werden, was

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
		ebenfalls Einsparungen vor			<p>insbesondere Familien mit Kindern treffen würde.</p> <p>Das Kulturbüro hat einen Zuschussbedarf für den gesamten Spielbetrieb, incl. der Miete für die Oberrheinhalle und aller Sachaufwendungen wie Geschäftsbedarf, etc. von 343 TEUR (aber ohne Personalaufwand und kalk. Kosten) bei einem Kostendeckungsgrad von knapp 60 %. Hinzu kommen Personalkosten mit 365 TEUR.</p> <p>Einen weiteren Zuschussbedarf mit 740 TEUR verzeichnet das Archiv, die Städtische Galerie und das Museum Ritterhaus – davon sind alleine 580 TEUR Personalkosten.</p> <p>Die Bibliothek hat einen Zuschussbedarf von 660 TEUR – davon alleine Personalkosten 605 TEUR.</p> <p>Zum Haushaltsausgleich wurde das Zuschussbudget des Kulturbüros zu Gunsten des Oberrheinischen Kulturpreises bereits leicht gekürzt.</p> <p>Der Verwaltung hält es für nicht vertretbar, zum Beispiel zur Finanzierung von auf Bundesebene beschlossenen Steuererleichterungen für Hoteliers, nun Familien mit Kindern bei der Musikschule zusätzlich zu belasten oder die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek zu beschneiden oder aber das kommunale Kulturangebot einzuschränken.</p> <p>Eine pauschale Kürzung um 10 % zu verlangen, ohne Einzelmaßnahmen zu benennen, ist zu wenig. Die Antragstellerin sollte schon konkret benennen, welche Leistungen eingeschränkt werden sollen.</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					Ein „Sonderopfer Kultur“ lehnt die Verwaltung ab, gleichzeitig können schlimmere Maßnahmen, wenn es zu den beabsichtigten Steuersenkungen kommt, nicht ausgeschlossen werden! Dann wird es aber alle oder fast alle Leistungsbe- reiche treffen.
B)		HAUSHALTSAN- TRÄGE			
B1	<u>CDU Fraktion und SPD Fraktion</u>	keine haushaltsrelevanten Anträge			Die formulierten Prüfaufträge sind unter Buchstabe C) aufgeführt. Die Verwaltung nimmt zur Kenntnis, dass die Generalstrategie zur Sicherung des kommunalen Leistungsangebots bei Beibehaltung des Entschuldungskonzeptes positiv aufgenommen wird.
B2	<u>Bündnis90 / Die Grünen Fraktion</u>	Oststadtschule - Trennung der Grundschule und Realschule in getrennte Gebäude - Zusammenrücken der Grundschule und Grundschulförderklasse mit dem Bunten Haus. Hierzu soll entweder ne-	-1.332 TEUR (diese Betrag ist nicht von der Verwaltung verifiziert!)	neu und 57 / 179	Über den Haushaltsantrag wiederholt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilweise die Diskussion, mit der sie im Gemeinderat im Juli 2009 bereits keinen Erfolg hatte. Der Gemeinderat hat entschieden, zuerst die Gründung der Realschule Hohberg zu unterstützen und so den zusätzlichen Bedarf im Realschulbereich zu decken. Die Entscheidung hierzu ist bisher nicht gefallen. Wie die Verwaltung am 08.02.10 im Gemeinderat berichtet hat, hat das Regierungspräsidium noch für dieses Jahr eine Entscheidung in Aussicht gestellt. Erst dann wird zu klären sein, ob am Standort Oststadtschule zukünftig zwei oder drei Realschulzüge geführt werden. Dies hat auf die Weiterentwicklung des Standortes großen Einfluss. Fest steht, dass dort eine zweizügige

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>ben der jetzigen Schule ein Neubau für die Anne-Frank-Schule und das Bunte Haus geschaffen werden oder die AFS neben das Bunte Haus verlagert werden.</p> <p>Es werden Kosten von 1,332 Mio. EUR unterstellt.</p>			<p>Grundschule benötigt wird, auch soll in der Oststadt eine mindestens zweizügige Realschule geführt werden. Der 3. Realschulzug und die Grundschulförderklassen müssen nicht zwingend im Oststadtschulgebäude bleiben.</p> <p>Die Beschreibung der Situation in der Schule („platzt aus allen Nähten“ „drangvolle Enge“) ist überzogen und dient der politischen Auseinandersetzung. Dass die Schule weiteren Raumbedarf hat ist unstrittig, auf die Darstellungen in den Vorlagen der letzten anderthalb Jahren wird verwiesen. Dieser Raumbedarf ist eine Folge des über den ursprünglichen Erwartungen liegenden Erfolgs der Realschule. Die andauernden Versuche der Antragsteller, die Planung aus der Mitte der neunziger Jahre als eine Fehlplanung hinzustellen, werden auch durch ihre Wiederholung nicht richtiger. Erstens verändert sich Realität und zweitens wird die damalige Ausgangslage (städtische Realschulen nur an einem Ort!) bewusst oder unbewusst ausgeblendet.</p> <p>Über die zukünftig wünschenswerte, weitere Verzahnung mit dem Bunten Haus besteht grundsätzliches Einvernehmen. Die Ausgestaltung hängt aber von mehreren Faktoren ab. Auch sie kann erst detailliert angegangen werden, wenn die Realschulentwicklung absehbar ist.</p> <p>Die Verwaltung empfiehlt aus inhaltlichen Gründen, dem Antrag der Grünen nicht zu folgen. Darüber hinaus gibt es auch keine Deckungsmittel in nennenswertem Umfang, wenn die Mehrheit des Gemeinderates den Empfehlungen der Verwaltung unter Buchstabe A) folgt.</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
B3		Weiterführung der Bä-derplanung mit dem Ziel einen Masterplan zu erstellen, der ein abschnittsweises Vorgehen erlauben würde. Hierfür sollen 50 TEUR bereit gestellt werden.	- 50 TEUR (dieser Betrag ist nicht von der Verwaltung verifiziert)		Dieser Antrag wurde bereits in der Gemeinderatssitzung am 8.2.2010 abgelehnt
B4		Rückgängig machen der 1/3 - Kürzung des Schulmöbelsanierungsprogramm auf 27 TEUR und des Sportgerätesanierungsprogramms auf 17 TEUR	- 84 TEUR	56 / 169 und 170	<p>Es ist richtig, die Schulen ausreichend mit Inventar auszustatten. Vor einigen Jahren wurden deshalb vom Gemeinderat die beiden Programme Schulmöbel- und Sportgeräteersatzbeschaffungen zusätzlich eingerichtet, um im Rahmen anstehender Sanierungen weiteren Spielraum zu haben. In beiden Bereichen gab es erheblichen Erneuerungsbedarf. Früher gab es ein solches Programm gar nicht.</p> <p>Zwischenzeitlich hat sich aufgrund der erfolgten Sanierungsmaßnahmen die Lage im Bereich der Schulmöbel entspannt, zumal über die jeweiligen Baukonten ebenfalls ein Teil des erneuerungsbedürftigen Inventars ersetzt wird. Darüber hinaus ist das Schulbudget der einzelnen Schule so angelegt, dass hierüber eine laufende Ersatzbeschaffung von defekten oder alten Schulmöbeln erfolgen kann. Dies wird auch von den Schulen entsprechend genutzt.</p> <p>Bei den Sportgeräten ist die Situation nicht so entspannt. In diesem Bereich gibt es noch einigen Bedarf für Ersatzbeschaffungen. Die Verwaltung schlägt vor, dass die beiden</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>Konten „Schulmöbel“ und „Sportgeräte“ zusammengeführt werden und in den kommenden Jahren der Schwerpunkt stärker auf die Sportgeräte gelegt wird. Dies ist aus der Gesamtschau heraus vertretbar.</p> <p>Sollte aus dem diesjährigen Etat für das Landesturnfest Mittel übrig bleiben, könnten diese zusätzlich für die Sportgeräteersatzbeschaffung eingesetzt werden. Die Verwaltung wird zeitnah im Rahmen des Landesturnfestes prüfen, ob dort eingesetztes neues Gerät günstig (und für unsere Hallen passend!) vom Hersteller erworben werden kann. Ein grundsätzliches Angebot der Firmen, die diese Geräte stellen gibt es. Zu prüfen ist nur, ob die Geräte für unsere Situation passen und ob wir Mittel haben. Diese Prüfung soll zeitnah durchgeführt werden.</p> <p>Eine weitergehende Mittelbereitstellung wird angesichts der knappen Haushaltssituation von der Verwaltung nicht empfohlen.</p>
B5		Beteiligung am Schulobstprogramm – kostenlose Abgabe von Früchten in der Schule für 1 Jahr	- 43 TEUR (dieser Betrag ist nicht von der Verwaltung verifiziert)	neu	<p>Die Förderung von gesundem Essen wird grundsätzlich auch von der Verwaltung befürwortet. Die Teilnahme am Schulfruchtprogramm ist allerdings mit erheblichem Aufwand sowohl für die teilnehmenden Schulen als auch potentielle Lieferanten verbunden:</p> <p>Um am Schulfruchtprogramm teilzunehmen, hätten sich die Lieferanten bereits im Januar / Februar 2010 um eine Zulassung bewerben und ab Februar mit der Belieferung beginnen sollen. Ab März 2010 wären die ersten Beihilfeanträge durch die Lieferanten zu stellen. Bislang gibt es in</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>Baden-Württemberg vier Lieferanten.</p> <p>Die Auszahlung der Beihilfe an den Lieferanten erfolgt durch das Regierungspräsidium Tübingen nach Abrechnung mit der Schule. Stichprobenartige Kontrollen vor Ort sind vorgesehen.</p> <p>Die teilnehmenden Schulen müssen u.a. die Mittel der Kofinanzierung nachweisen, Ansprechpartner benennen, pädagogische Begleitmaßnahmen ab dem Schuljahr 2010/11 umsetzen und an der Evaluierung mitwirken. Das Ernährungszentrum Südlicher Oberrhein arbeitet derzeit noch an einem Konzept zur Begleitung der teilnehmenden Schulen.</p> <p>Ob das Schulfruchtprogramm über das Jahr 2010 hinaus weitergeführt wird, ist nicht absehbar, da dies von der Bereitstellung der entsprechenden überörtlicher, finanziellen Mittel abhängt.</p> <p>Zum derzeitigen Zeitpunkt ist der Aufwand für Lieferanten und Schulen, der mit der Umsetzung des Programms einhergeht, unverhältnismäßig hoch.</p> <p>Angesichts dieser Dimensionen und den beantragten 43.000 € pro Jahr als städtische Förderung und keiner Kostenbeteiligung des Landes würde sich das Schulfruchtprogramm weitgehend als eine städtische Sonderförderung darstellen. Dafür hat die Stadt derzeit keine Mittel. Auch muss man berücksichtigen, dass sich die Stadt über die Einrichtung der Mensen in den Schulen nachhaltig und mit erheblichem Aufwand für gesundes Essen der Schüler</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>engagiert. Ob beim „Nachtisch“ mit mehr Obst gearbeitet werden soll, ist wiederum eine Frage der Akzeptanz bei den Schülern, die im zuständigen Arbeitskreis diskutiert werden wird.</p> <p>Sollten sich die Rahmenbedingungen des Schulfruchtprogrammes deutlich verbessern, schließt die Verwaltung nicht aus, dass ein späterer Einstieg empfohlen wird. Dies würde allerdings nur gelingen, wenn die Schulen sich aktiv für dieses Programm engagieren würden. Dies wäre nach Verbesserung der Rahmenbedingungen zuerst zu klären.</p>
B6		<p>Rückgängig machen der 1/3 – Kürzung des Programms „Erneuerung von Baumbeständen“ auf 20 TEUR</p> <p>s. auch Antrag der FDP-Fraktion auf Erhöhung des Haushaltsansatzes um 10 TEUR</p>	- 40 TEUR	53 / 103	<p>Als eine von vielen Maßnahmen zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltsentwurfs mussten nahezu alle laufenden Investitionsprogramme um 1/3 gekürzt werden. Einige Ausnahmen dabei sind das Programm „Generalsanierungen Spielplätze“ für öffentliche Spielanlagen in der Kernstadt und den Ortsteilen mit jährlich 140 TEUR (lfd. Nr. 106 auf Seite 53) sowie das Programm „Ersatzbeschaffung von Spielgeräten auf Spielplätzen von Kindertageseinrichtungen“ mit 10 TEUR (lfd. Nr. 186 auf Seite 57). Des Weiteren wurden die Mittel für Verkehrssicherheit insbesondere für Radfahrer und Fußgänger nicht gekürzt – so wird das Radwegeprogramm mit 65 TEUR jährlich unverändert weiter geführt und auch das Programm zur Verkehrssicherheit mit 20 TEUR. Hier wurde der generellen Prioritätensetzung des Gemeinderats im Hinblick auf ein familienfreundliches und fahrradfreundliches Offenburg Rechnung getragen.</p> <p>Die übrigen 1/3 Kürzungen bringen in der Summe eine Haushaltsentlastung von 776 TEUR bis 2013. Selbstver-</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					ständig ist jede der vorgenommenen 1/3 Kürzungen schmerzhaft und kann vielfach hinterfragt werden. Jedes Herausbrechen eines einzelnen Programms aus der generellen Linie würde jedoch einen Präzedenzfall schaffen und die Linie insgesamt gefährden. Eine Wiederaufstockung in Einzelfällen – wie hier beantragt - wird deshalb von Seiten der Verwaltung abgelehnt.
B7		Rückgängig machen der 1/3 – Kürzung „ Ankauf von Bildern “ für Städt. Kunstsammlung auf 7 TEUR	- 12 TEUR	55 / 148	Eine Wiederaufstockung der generellen 1/3 Kürzungen bei Investitionsprogrammen in Einzelfällen wird von der Verwaltung abgelehnt (s. hierzu Begründung zu lfd. Nr. B7) Zur Deckung der 15 Mio. EUR Haushaltslücke wird sogar weitergehend vorgeschlagen, die Mittel für den Ankauf von Kunstwerken bis 2013 komplett zu streichen, da es sich zwar um wünschenswerte, aber nicht zwingend erforderliche Anschaffungen handelt.
B8	<u>Freie Wähler Fraktion</u>	Kreisverkehr Durbacher Straße / Weinstraße in Rammersweier – Vorziehen aus Stufe II in den DHH 2010/11	- 180 TEUR	49 / 37	Für alle in Offenburg zu bauenden Kreisverkehre wurde hinsichtlich ihrer verkehrlichen Bedeutung, der Unfallhäufigkeit der bisherigen Kreuzungen sowie der tatsächlichen Belastung eine Prioritätensetzung erarbeitet. Dabei stand der Rammersweierer Kreisel deutlich hinter den Projekten Ortenbergerstraße/Moltkestraße (lfd. Nr. 111) und Kreisel Südring / Zähringerstraße (lfd. Nr. 144). Ein Vorziehen der Maßnahme in Rammersweier widerspräche der oben erwähnten Prioritätensetzung. Der höher priorisierte Kreisel Südring / Zähringerstraße steht ebenfalls erst in Stufe II.

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>Es soll deshalb bei der geplanten Deckensanierung in 2010 bleiben, die dann auch den Kreuzungsbereich mit einbezieht. Der Kreisel kann möglicherweise ab 2014 – nach der Maßnahme Nr. 144 – gebaut werden. Die im Antrag genannten Einsparungen von 85 TEUR bei einer sofortigen Realisierung sind teilweise hypothetisch. So steht z.B. der genannte Austausch der Ampelanlage für 30 TEUR überhaupt nicht fest – die Anlage ist derzeit voll funktionsfähig. Des Weiteren wird sich die genannte Energiekostensparnis von 15 TEUR erst über einen Zeitraum von mehreren Jahren ergeben.</p> <p>Tatsächlich wären bei einer Realisierung des Kreisels in 2010 in Stufe 1 der Haushaltsplanung mindestens 130 TEUR zusätzlich bereit zu stellen, für die es keine, bisher erkennbare Deckung gibt.</p>
B9		Anschaffung einer funkgesteuerten Kommunikationsanlage für GR-Sitzungen – Vorziehen aus Stufe II	- 80 TEUR	52 / 80	<p>Die Neuanschaffung wäre wünschenswert und nützlich und wird zugegebenermaßen auch schon lange diskutiert. Sie ist aber derzeit nicht zwingend. Auch ergeben sich keine so großen wirtschaftlichen Vorteile, dass sich hieraus eine gewichtige Refinanzierung ergeben könnte. Zudem wird von der Verwaltung empfohlen, dass der Gemeinderat in dieser schwierigen Haushaltssituation bei Investitionen, die ihn selbst betreffen, mit gutem Beispiel voran geht.</p> <p>Die Auf- und Abbaukosten sowie die Teilbetreuung während der Sitzung kosten pro Sitzung rund 300 EUR. Durch eine kabellose Anlage könnten die Auf- und Abbaukosten etwa halbiert werden. Die Prüfung der Funktionstüchtigkeit und auch eine zeitweise Betreuung während der Sitzungen</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>wäre wie bisher zu leisten. Die Einsparung würde ca. 100 EUR pro Sitzung betragen bzw. bei 10 Sitzungen im Jahr = 1.000 EUR. Dem steht eine kalk. Verzinsung und eine Abschreibung von 8.000 EUR pro Jahr für eine neue Anlage gegenüber.</p> <p>Sollte die vorhandene, 13 Jahre alte Anlage in den nächsten 4 Jahren einen irreparablen Schaden erleiden, muss kurzfristig entschieden werden, welche eine Neuanschaffung finanzierbar ist und dann vorgezogen wird oder ob übergangsweise mit einer Mietanlage gearbeitet wird.</p>
B10		Fassadensanierung des Klostergebäudes des Grimmelshausengymnasiums zum 350 jährigen Jubiläum in 2010 – Erledigung aus Bauunterhaltungsmitteln in 2010 und Streichung des Ansatzes in Stufe II über 110 TEUR		56 / 167	<p>Es können dieses Jahr einzelne Maßnahmen über den Bauunterhalt vorgezogen werden, um zu gewährleisten, dass das Gebäude zum 350. Jubiläum einen optisch ansprechenden Eindruck macht.</p> <p>Eine generelle Fassadensanierung kann dies jedoch nicht ersetzen. Deshalb sollen die in Stufe II eingestellten Mittel von 110 TEUR weiterhin dort verbleiben, da ab 2014 eine grundsätzliche Sanierung durchaus sinnvoll und notwendig sein wird. Dieser Betrag basiert auf einer Kostenschätzung, die den gesamten Sanierungsbedarf an der Fassade des denkmalgeschützten Gebäudes bewertet.</p>
B11	<u>FDP-Fraktion</u>	Erneuerung von Baumbeständen – es sollen zusätzlich 10 TEUR im Haushalt eingestellt werden	- 40 TEUR	53 / 103	<p>Siehe hierzu Stellungnahme zu lfd. Nr. B6</p> <p>Die Verwaltung wird in der 2. Jahreshälfte 2010 dem Umwelt- und Planungsausschuss ein Konzept für die Einwerbung von Baumpatenschaften vorlegen. Bei der Erarbeitung wird auf die Mitwirkung und Unterstützung sachkundiger</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
		Gleichzeitig soll ein Konzept zur Einwerbung von Baumpatenschaften aus der Offenburger Bürgerschaft umgehend von der Verwaltung vorgelegt werden.			Einwohner und Gemeinderäte gesetzt.
C)		PRÜFAUFTRÄGE			
C1	<u>CDU Fraktion</u>	Konzept für die flächendeckende Versorgung mit DSL der Gesamtstadt incl. Ortsteile			Derzeit wird im Rahmen einer Bestandsaufnahme die aktuelle Versorgungssituation mit DSL für Offenburg und alle Ortsteile geprüft. Daraus folgend wird gemeinsam mit Telekom und anderen Betreibern (Kabel BW etc.) gegebenenfalls ein Konzept für die flächendeckende Versorgung mit DSL für die Gesamtstadt einschließlich der Ortsteile insbesondere zur Beseitigung eventueller bestehender Lücken bzw. Engpässe bei der Bereitstellung von DSL erstellt. Die Federführung hierfür hat die Stabsstelle Wirtschaftsförderung im Dezernat I.
C2		Ausweitung der im ELR-Programm begonnenen Dorfentwicklungskonzepte auf alle Ortsteile			Die Erfahrungen mit dem ELR-Programm des Landes waren leider bisher eher negativ. Es zeigt sich, dass das Land eher kleinere Gemeinden, als Ortsteile von Städten wie Offenburg hier berücksichtigt. Auch wird sich im Haushalt des Landes ab 2011 ein erheblicher Spardruck ergeben, so dass die zur Verfügung stehenden ELR-Mittel noch knapper werden könnten. Trotzdem ist es sinnvoll, unabhängig hiervon für Ortsteile, in deren Ortskernen tatsächliche städtebauliche Missstände

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>vorliegen, mittel- bis langfristige wirksame Dorfentwicklungskonzepte zu diskutieren, abzustimmen und aufzustellen.</p> <p>Allerdings können hierfür derzeit keine gesonderten Planungsmittel zur Verfügung werden. Da gleichzeitig zur Schließung der 15 Mio. EUR Deckungslücke auch die allgemeinen Planungsmittel von FB 5 deutlich gekürzt werden, kann mit vorbereitenden Arbeiten durch externe Planer derzeit nicht begonnen werden. Vorerst können nur interne Vorplanungen durch die Mitarbeiter des FB 5 und die Ortsverwaltungen und Ortschaftsräten vorangetrieben werden. Dies ist aber auch unschädlich, da frühestens ab 2014 Haushaltsmittel für die Realisierung wieder eingestellt werden können.</p>
C3	<u>Bündnis90 / Die Grünen Fraktion</u>	Feuerwehrinvestitionen – Freigabe erst dann, wenn das neue Feuerwehrkonzept steht.		52 / 85 und 90	<p>In den Jahren 2010 bis 2014 ist ein Investitionsvolumen von 940 TEUR geplant, davon 750 TEUR für Ersatzbeschaffung Drehleiter und 190 TEUR insbesondere für die Umstellung auf digitale Funkempfänger, da alle Rettungsdienste und die Polizei umstellen werden. Den Ausgaben stehen Zuschüsse von 272 TEUR gegenüber.</p> <p>Beide Investitionen sind unabhängig von der künftigen Feuerwehrkonzeption zu sehen. Die Ersatzbeschaffung für die 30 Jahre alte Leiter der Kernstadtwehr ist zwingend – die Zuschüsse von rund 1/3 sind zugesagt. Da die Lieferzeiten sehr lange sind (2 Jahre), sollte zeitnah nach der Haushaltsverabschiedung die Bestellung erfolgen.</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
C4		<p>Änderung des Strategischen Ziel Nr. 11 – Förderung der Bürger-nähe, Transparenz und Kommunikation. Der Satzteil: „...auch durch die Nutzung von der Möglichkeiten des E-Government“ soll gestrichen werden</p>		37	<p>Selbstverständlich ist nicht daran gedacht, den direkten Zugang der Bürgerinnen und Bürger durch „E-Government“, also Dienstleistungen über das Internet, einzuschränken. Mit dem Bürgerbüro und seinen 54 Stunden wöchentlicher Öffnungszeit wurde gerade das Gegenteil gemacht.</p> <p>Trotzdem ergeben sich durch neue gesetzliche und ähnliche Anforderungen (EU-Dienstleistungsrichtlinie) auch im Bereich der online verfügbaren Dienstleistungen zwingend erforderliche Umsetzungsschritte. Deshalb sollte die Ziel-formulierung so bleiben. Mit dem Wort „auch“ zu Beginn des Satzes wird nach Auffassung der Verwaltung eindeutig darauf hingewiesen, dass es sich hierbei nur um eine Ergänzung der persönlichen Erreichbarkeit handeln kann.</p>
C5	<u>FDP Fraktion</u>	<p>Kostenreduzierungen bei der Unionbrücke</p>		53 / 113	<p>Wie bekannt, hat der Gemeinderat bereits beschlossen eine Expertenkommission einzusetzen, die den Auftrag hat, alle möglichen Alternativen zur bisherigen Planung und insbesondere sich hieraus ergebende Kostenreduzierungen zu prüfen. Bis zur Verabschiedung des DHH 2010/11 werden hierzu jedoch keine belastbaren Ergebnisse erwartet.</p> <p>Etwaige Ergebnisse werden dann im Nachtragshaushalt 2011 eingearbeitet – dort wird auch bekannt sein, ob es weitere Haushaltslücken durch die Steuersenkungen des Bundes geben wird.</p>
C6		<p>Prüfung der Haushaltsansätze der Ortsverwaltungen auf Synergieeffekte bei der Bil-</p>		29	<p>Bei stagnierenden und insgesamt sogar eher zurückgehenden Budgets (HSK II und HSK III) haben die Ortsverwaltungen in den letzten Jahren bereits viele Möglichkeiten der Kooperation genutzt, um weiterhin die erforderlichen Leis-</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>derung von Verwaltungsgemeinschaften (z.B. der Rebland-Gemeinden oder der Gottswald-Gemeinden)</p>			<p>tungen vor Ort für die Bürger/innen erbringen zu können.</p> <p>Insbesondere arbeiten in vielen Fällen die Gemeindearbeiter im Bereich größerer Grünpflegemaßnahmen oder des Winterdienstes zusammen. Gleichzeitig werden zunehmend Maschinen gemeinsam genutzt – so wird z.B. ein im Haushalt veranschlagter Schlegelmulcher gemeinsam für die Bauhöfe in Elgersweier und Zunsweier angeschafft (s. S. 48, Nr. 16). Im Verwaltungsbereich erfolgen gegenseitige Absprachen um die Vertretung im Urlaubs- oder Krankheitsfall sicher zu stellen.</p> <p>Um auch weiterhin die Leistungsvielfalt erhalten zu können, werden auch in Zukunft noch weitere Kooperationen angestrebt. Derzeit untersucht die Verwaltung gemeinsam mit den Ortsteilen beispielsweise, wie die Grünflächenpflege optimiert werden kann und ob die hierfür zur Verfügung stehenden Ressourcen richtig verteilt sind. Auch hier zeichnet sich bereits ab, dass durch noch weitergehende Zusammenarbeit der Ressourceneinsatz optimiert werden kann.</p> <p>Insgesamt steht die Verwaltung allerdings zum Konzept dezentraler Ortsverwaltungen. Vor Ort kennt man die Probleme besser als bei zu großen zentralen Einheiten. Dinge werden oft unbürokratisch und kostengünstig erledigt – das bürgerschaftliche Engagement ist in den dörflich geprägten Strukturen außerordentlich hoch und dies soll auch so bleiben. Die Verwaltung unterstützt und fördert deshalb schon alle Möglichkeiten der Kooperation, legt dabei aber großen Wert darauf, dass die persönliche Identifikation mit dem</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					Ortsteil und das sich daraus ergebende Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben. Sicher kann dies nicht immer in Geld bewertet werden, der Nutzen für das Gemeinwesen ist aber deutlich spür- und erkennbar.
C7		Privatisierung nicht hoheitlicher Aufgaben der TBO			<p>Mit der Gründung der TBO wurde u.a. das Ziel verfolgt, die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung zu erhöhen und durch das Auftragnehmer / Auftraggeberprinzip einen Quasi-Wettbewerb herzustellen. Die Preise der TBO sollen dabei einem mittleren Marktpreis entsprechen – d.h. es geht und ging nie darum, dass die TBO den billigsten Preis am Markt anbietet, sondern einen marktfähigen Preis. Dies gilt sowohl für hoheitliche als auch nicht hoheitliche Aufgaben.</p> <p>Ein Problem hierbei ist, dass nicht alle Aufgaben der TBO überhaupt marktgängig sind – so wäre es beispielsweise sicher machbar für große zusammenhängende Grünflächen einen privaten Gartenbaubetrieb zu finden – schwieriger wird es dann aber schon für die vielen Kleinflächen wie Straßenbegleitgrün etc., die kaum rentabel bearbeitet werden können. Nicht richtig wäre es nun, die auch für private Firmen rentablen Flächen oder sonstigen Arbeiten privat zu vergeben und den Rest bei den TBO zu belassen (Rosinenpickerei). Je kleiner der Auftragsbestand der TBO wird, desto größer wird die Fixkostenlast und damit die Kosten der ohnehin wenig rentablen Arbeitsbereiche – letztlich wird der Betrieb insgesamt gefährdet, wenn er eine bestimmte Mindestgröße unterschreitet.</p> <p>Auf der anderen Seite hat der Gemeinderat bereits mehrfach ein Bekenntnis für die TBO als sozialen Arbeitgeber</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
					<p>abgegeben. Z.B. im Reinigungsbereich bedeutet dies, dass die TBO/Stadt an einem gewissen Bestand eigener Reinigungskräfte festhalten wird, gleichzeitig aber sukzessive durch teilweise Fremdvergabe insgesamt die Kosten dieser Leistung auf einem marktgängigen Niveau halten möchte.</p> <p>In allen Fällen hat sich das Prinzip bewährt, generell die TBO als Generaldienstleister zu einem marktgängigen Preis zu beauftragen, den TBO dann aber wiederum zu gestatten, die eigenen Kostenfunktionen durch eine geschickte und betriebswirtschaftlich sinnvolle Kombination von Eigenherstellung und Fremdbeauftragung privater Unternehmen positiv zu beeinflussen. Die Stadt hat dadurch auf der einen Seite einen verlässlichen Partner und gleichzeitig planbare, marktgängige Preise. Die TBO hat ihrerseits einen kalkulierbaren Auftragsbestand und kann dementsprechend die eigenen Ressourcen oder ergänzend private Firmen flexibel einsetzen.</p> <p>Unabhängig von dem bisher schon erreichten, arbeiten die TBO gerade gemeinsam mit Fachbereich Finanzen an einem Optimierungskonzept wo auch diese Fragestellungen geprüft werden. Noch im ersten Halbjahr 2010 wird dies dem Technischen Ausschuss vorgestellt. Im Rahmen der Beratungen kann dann die FDP-Fraktion ihre Vorstellungen weiter einbringen und konkret benennen, welche Leistung privatisiert werden soll.</p>

Lfd. Nr.	GR Fraktion	Antrag / Maßnahme	Haushalts-Relevante Veränderung 2010 – 2013 in TEUR	GR-Vorlage 14.12.2009 Seite / lfd. Nr.	Stellungnahme der Verwaltung
C8		Vor Personaleinstellungen wird die Möglichkeit zur Fremdvergabe geprüft			<p>Bereits heute wird in vielen Bereichen der Verwaltung eine optimale Kombination aus Eigenerstellung und Fremdvergabe praktiziert. Dazu gehört z.B. auch, dass die Stadt im sozialen Bereich mit vielen freien Trägern zusammen arbeitet und dadurch eigene Personalkosten spart. Fakt ist aber auch, dass die Leistung der fremden Träger ebenfalls Geld kostet. Genauso verhält es sich auch bei Planungsleistungen – ein gewisser Grundstock an Fachpersonal wird vorgehalten, die restlichen Arbeiten werden an Fachbüros gegeben. Generell nur mit eigenem Personal kann aber die Bauherrenrolle wahrgenommen werden, d.h. selbst bei vollständiger Fremdvergabe von Leistungen, bedarf es noch eigenen Personals, das sich in der Materie auskennt und als kompetenter Ansprechpartner für die Fachbüros zur Verfügung steht.</p> <p>In der allgemeinen Form, wie die Antragstellerin dies formuliert hat, wird diesem Prinzip bereits heute gefolgt.</p> <p>Bei den mit der Haushaltsvorlage echt neu beantragten Stellen im Bereich Schulsekretariate, Bibliothek, Erzieher/innen, Jugendarbeit Ortsteile ist eine Fremdvergabe nicht möglich. Bei der Schulsozialarbeit an Realschulen wird eine 0,5 Stelle von einem freien Leistungsträger erbracht gegen Kostenerstattung.</p>